

Larmoyanz und Selbstbetrug

Natürlich gibt es genügend gute Gründe, mit der Union und der SPD zu hadern. Natürlich hat auch jeder das Recht, sich von den beiden ehemaligen Volksparteien abzuwenden. Der Protest gegen Regierungen ist ein Motor der Demokratie. Doch deshalb ausgerechnet die rechtsradikal durchwirkte AfD zu wählen? Nein, das ist pure Destruktion. Für dieses Verhalten ist jede Nachsicht fehl am Platz.

So banal es klingt: Unzufriedene haben an der Wahlurne eine Reihe von konstruktiven Optionen. Wer beispielsweise die große Koalition beim Kampf gegen den Klimawandel für viel zu zaghaft hält, der kann den Grünen seine Stimme geben. Wer eine deutlich sozialere Republik fordert, der kann sich Richtung Linkspartei orientieren. Wer darauf setzt, dass die unsichtbare Hand des Marktes noch stärker als bisher alles regeln muss, der kann sich mit der FDP anfreunden. Die drei Parteien bieten bei aller Unterschiedlichkeit zumindest konkrete, sachbezogene Gegenvorschläge zum Kurs der großen Koalition an und sind damit tatsächlich eine Alternative.

Die AfD hingegen setzt auf Parolen. Ständig spielt sie die gleiche dumpf klingende Platte ab: Schuld an allen Problemen in Deutschland sind die Migranten, die Ausländer, die Fremden. Wenn die Partei überhaupt einmal konkrete Vorschläge macht, dann tropft immer wieder der blanke Rassismus aus ihren Poren.

Sie wollen es nicht wissen

Ja, all das ist bereits bis zum Ermüden beschrieben worden. Ebenso häufig wurde dargestellt, wie sehr Führungsgestalten der AfD in ultrarechten Netzwerken eingebunden sind und wie sie ihre Umtriebe demokratisch zu bemänteln versuchen. Aber das scheint viele Wähler kaum zu irritieren – vor allem im Osten nicht. Sie wollen es offenbar auch gar nicht wissen. Stattdessen ergeht sich ein Teil von ihnen in Larmoyanz und Selbstbetrug. Mit Unschuldsmiene beteuern sie, keineswegs überzeugte Rechtsaußen zu sein. Das mögen sie ja glauben. De facto aber verhalten sie sich so. Auch die NSDAP ist 1933 an die Macht gekommen, weil ein Teil ihrer Wählerschaft den „Weimarer Systemparteien“ mal eben einen Denzettel verpassen wollte.

Woher die Ignoranz? Die tiefer gehenden Ursachen der Entfrem-

dung sind ebenfalls in der Vergangenheit breit diskutiert worden. Die Stichworte lauten: Soziale Abstiegsängste, die Unsicherheit gegenüber Fremdem, das Gefühl von Heimatverlust. Seit Sonntag werden diese und ähnliche Erklärungsmuster erneut bemüht. Sie sind auch durchaus richtig. Doch was soll es bringen, das alles wie in einer Dauerschleife nochmals und nochmals zu wiederholen? Wenig! Selbst wenn Union und SPD endlich deutlich sozialere Konsequenzen aus den Analysen ziehen würden, ist zu befürchten: Nur noch ein Teil von denen, die mit fliegenden Fahnen zu den Fans eines autoritären Weltbildes übergelaufen sind, werden sich für die Demokratie zurückgewinnen lassen.

Um diese Menschen gilt es natürlich zu kämpfen. Andere sind hingegen verloren. Die Macht der Aufklärung ist an ihnen gescheitert. Demokratischen Parteien sollten sich deshalb auch nicht länger an ihnen aufhalten und ihr realitätsfremdes Gezeter über Überfremdung und ihre Phobien vor Ausländern zum Thema machen. Das verschiebt den politischen Diskurs nur noch weiter nach rechts.

Politisch muss die AfD ausgegrenzt bleiben. Es darf keinerlei Koalitionen mit ihr geben – auch nicht auf regionaler oder lokaler Ebene. Vor allem die CDU muss Konsequenz zeigen und jeder Lockerungsübung einzelner Parteigliederungen gegenüber der AfD entschieden entgegentreten.

Verantwortung tragen aber auch die Medien. Dabei geht es nicht allein um die Bild-Zeitung. Deutschlands größtes Boulevardblatt hat sich inzwischen selbst nach Einschätzung eines ehemaligen Chefredakteurs aus dem Hause Springer zu einer „Vorfeldorganisation der AfD“ entwickelt. Ähnlich verheerend ist jedoch, wenn eine ARD-Journalistin ein mögliches Bündnis zwischen der konservativ-liberalen CDU und der AfD eine „bürgerliche Koalition“ nennt. Damit werden die Ultrarechten nur verharmlost.

.....
j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

JOACHIM
ZINSEN



